

**Beschlussvorlage**  
vom 20.03.2023

öffentliche Sitzung

**Gemeinsame Resolution der NRW–Aufgabenträger für eine nachhaltige Finanzierung des Nahverkehrs**

**Beratungsreihenfolge**

Datum	Gremium
30.03.2023	Städteregionstag

**Beschlussvorschlag:**

Der Städteregionstag unterstützt die der Sitzungsvorlage 2023/0141 als Anlage 2 beigefügte, angekündigte Resolution der drei NRW–Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr zur Forderung nach einer nachhaltigen Finanzierung für einen zukunftsfähigen öffentlichen Nahverkehr und schließt sich dem Appell an Bund und Land an.

**Sachlage:**

Vor dem Hintergrund stark steigender Kosten im Kontext der aktuellen weltpolitischen Ereignisse, der Nachwirkungen der Corona–Pandemie sowie der angestrebten Klimaziele haben die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in den politischen Gremien der nordrhein–westfälischen Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr – go.Rheinland, NWL und VRR – eine gemeinsame Resolution für die nachhaltige Finanzierung eines zukunftsfähigen Nahverkehrs auf den Weg gebracht.

Diese enthält den Appell an Bund und Land, die Finanzierung zur Aufrechterhaltung der Nahverkehrsleistungen und für erforderliche Investitionen in Infrastruktur und Fahrzeuge auf ein verlässliches Fundament zu stellen.

Mit Mail vom 14.03.2023 (Anlage 1) verweisen die Aufgabenträger auf mögliche Folgen der ungeklärten Finanzsituation im Schienenpersonennahverkehr auch für die in der weiteren Folge betroffenen Gebietskörperschaften und bitten auch dort um Unterstützung, indem die kommunalen Gremien die als Anlage 2 beigefügte Resolution ebenfalls verabschieden und so die Bedeutung eines zukunftsfähigen Nahverkehrs für ein lebenswertes NRW unterstreichen.

Mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln ist die Finanzierung des Status quo des ÖPNV in NRW nicht mehr gesichert. Vielmehr drohen Einschnitte im Verkehrsangebot aufgrund der sich bereits ab 2024 abzeichnenden Finanzierungslücke. Um die internationalen Klimaziele zu erreichen und den ÖPNV voranzubringen, müssen gleichzeitig das Angebot gestärkt und deutlich mehr Fahrgäste für eine klima- und umweltfreundliche Mobilität mit Bus und Bahn gewonnen werden. Die entsprechende Ausweitung des Leistungsangebotes führt zu einem ebenfalls hohen zusätzlichen Mittelbedarf. Um weiterhin das Verkehrsangebot aufrechterhalten und in die Ausweitung des ÖPNV-Angebots investieren zu können, ist es nötig, die Gesamtfinanzierung des ÖPNV sicherzustellen.

Bei dem Zweckverband NWL wurde in der Verbandsversammlung am 17.03.2023 über die Resolution beschlossen. Bei dem Verkehrsverbund VRR soll die Resolution in der Verbandsversammlung am 22.03.2023 und beim Zweckverband go.Rheinland in der Verbandsversammlung am 24.03.2023 beschlossen werden. Sofern dies so erfolge, wäre im Beschlussvorschlag das Wort „angekündigte“ zu streichen.

**Rechtsslage:**

Resolutionen sind politische Willenserklärungen. Dies gehört zum Kernbereich der Aufgaben der politischen Vertretung, hier des Städteregionstages.

**Personelle Auswirkungen:**

Keine.

**Finanzielle/bilanzielle Auswirkungen:**

Keine.

**Ökologische Auswirkungen:**

Dem ÖPNV kommt zum Erreichen der Klimaschutzziele eine essentielle Bedeutung zu.

Im Auftrag

gez.: Lo Cicero-Marenberg

**Anlage:**

Anschreiben (Anlage 1)

Gemeinsame Resolution (Anlage 2)

**Von:** Fraktionsspitzen Zweckverband go.Rheinland <[holger.klein@gorheinland.com](mailto:holger.klein@gorheinland.com)>

**Gesendet:** Dienstag, 14. März 2023 13:32

**An:** Grüttemeier, Tim (StädteRegion Aachen) <[Tim.Gruettemeier@staedteregion-aachen.de](mailto:Tim.Gruettemeier@staedteregion-aachen.de)>

**Betreff:** Gemeinsame Resolution der NRW-Aufgabenträger für eine nachhaltige Finanzierung des Nahverkehrs: Wir bitten um Ihre Unterstützung

## Sehr geehrte Damen und Herren,

die drei nordrhein-westfälischen Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV), go.Rheinland (Nachfolger des Nahverkehr Rheinland), Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) und Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) samt ihrer politischen Spitzen sind aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, die Einfluss auf die Branche nehmen, sehr besorgt. Ohne eine nachhaltige Finanzierung des NRW-Nahverkehrs durch Landes- und Bundesmittel drohen bereits im Jahr 2024 substanzielle Angebotsstreichungen. Diese ungeklärte Finanzsituation betrifft auch Sie vor Ort. Sollte keine auskömmliche Finanzierung durch Bund und Land erfolgen, müsste der Zweckverband go.Rheinland diese Lücke entweder durch eine Umlage oder durch Einsparungen (Abbestellungen) decken. Dies würde Sie entweder finanziell direkt bzw. durch die Kreisumlage treffen oder Ihre Bürgerinnen und Bürger durch einen Rückgang des Angebots.

Aus diesem Grund haben die drei SPNV-Aufgabenträger die anliegende Resolution erarbeitet. Diese soll im Zuge der anstehenden Verbandsversammlungen von go.Rheinland, NWL und VRR bis zum 24. März verabschiedet werden und im Anschluss den (politischen) Entscheider\*innen auf Bundes- und Landesebene sowie in den Ministerien für Umwelt, Naturschutz und Verkehr und der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen zugestellt werden.

NRW braucht einen leistungsstarken, stabilen und zukunftsfähigen Nahverkehr – im Sinne des Klimas und der Menschen. Diesen können wir nur erreichen, wenn uns Bund und Land finanziell in die Lage versetzen, den Nahverkehr nicht nur im Bestand zu sichern, sondern auch auszubauen. **Daher hoffen wir sehr auf Ihre Unterstützung und wären dankbar, wenn auch Ihre kommunalen Gremien die Resolution verabschieden und so die Bedeutung eines zukunftsfähigen Nahverkehrs für ein lebenswertes NRW unterstreichen würden.**

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Hamel      Dierk Timm      Ingo Steiner      Dr. Christian Pohlmann  
Fraktionsspitzen Zweckverband go.Rheinland

Bernd Kolvenbach  
Vorsitzender der  
Zweckbandsversammlung



An  
die Mitglieder des Deutschen Bundestags,  
die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen,  
an das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen  
sowie  
an das Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen.

### **Gemeinsame Resolution der Fraktionen in den politischen Gremien der nordrhein-westfälischen Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr**



### **Nachhaltige Finanzierung für einen zukunftsfähigen Nahverkehr: Daseinsvorsorge, gesellschaftliche Teilhabe und Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif**

- Der öffentliche Nahverkehr sichert Menschen – unabhängig von ihrer finanziellen Situation und eventuellen körperlichen Einschränkungen – die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ist somit ein Teil der Daseinsvorsorge.
- Der öffentliche Nahverkehr ist ein unverzichtbarer Faktor für ein lebenswertes NRW und eine florierende Wirtschaft. Er ist somit ein wichtiger Standortfaktor.
- Dem öffentlichen Nahverkehr kommt beim Erreichen der Klimaschutzziele eine gewichtige Bedeutung zu.
- Der Erhalt der Bestandsverkehre im öffentlichen Nahverkehr muss in kürzester Zeit langfristig finanziell gesichert werden, um die Daseinsvorsorge weiterhin zu erfüllen.
- Der öffentliche Nahverkehr muss wachsen. Seine Planung darf nicht beim Erhalt der Bestandsverkehre stehenbleiben. Stattdessen muss der Nahverkehr bedarfsgerecht ausgebaut werden, um leistungsfähig und attraktiv zu sein.
- Den öffentlichen Nahverkehr zu sichern, auszubauen und im Sinne der Menschen und des Klimas zu stärken, ist eine interfraktionelle und über Kommunalgrenzen hinausreichende Herausforderung.

Wir, die Spitzen der in den Verbandsversammlungen der nordrhein-westfälischen Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) go.Rheinland (Nachfolger des Nahverkehr Rheinland), Nahverkehr Westfalen-Lippe und Verkehrsverbund Rhein-Ruhr vertretenen Fraktionen, appellieren daher an die (politischen) Entscheiderinnen und Entscheider im Deutschen Bundestag, im NRW-Landtag sowie im Ministerium für Umwelt,

Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen sowie im Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen:

- Nutzen Sie Ihren (politischen) Einfluss, um den öffentlichen Nahverkehr mit den dringend benötigten Geldern nachhaltig und langfristig auszustatten.
- Haben Sie hierfür nicht nur die Bestandsverkehre, sondern auch den politisch gewollten und im Sinne des Klimaschutzes dringend notwendigen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs im Blick.
- Helfen Sie mit, den öffentlichen Nahverkehr als Teil der Daseinsvorsorge resilienter gegen Krisen zu machen, wie etwa die Corona-Pandemie und die Auswirkungen des Ukraine-Krieges, der bei den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen gravierende Kostensteigerungen verursacht hat.
- Unsere eindringliche Aufforderung: Nehmen Sie unseren Appell ernst, denn ohne auskömmliche Finanzierung drohen Fahrplanausdünnungen und schlimmstenfalls Streichung von ganzen Linien.
- Ermöglichen Sie den Aufgabenträgern durch einen verlässlichen Finanzrahmen die mittel- und langfristige Sicherung des Bestandsangebots und eine Weiterentwicklung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in NRW im Sinne der gemeinsam entwickelten Zielnetze 2032/2040.

Mit den Finanzmitteln, die wir mit Ihrer Unterstützung für NRW generieren wollen, möchten wir folgende Ziele realisieren:

- Angebotskonzepte, die allen Menschen langfristig den Zugang zu öffentlicher Mobilität sichern und so die Mobilitätswende vorantreiben
- einfache, flexible und innovative Nahverkehrskonzepte, die auf klimafreundliche Antriebstechnologien setzen
- vernetzte Mobilitätslösungen **im gesamten ÖSPNV** für ein verbessertes Mobilitätsangebot in der Stadt und auf dem Land schaffen
- Nahverkehrsangebote quantitativ und qualitativ ausbauen und so das Leben für die Menschen in NRW noch lebenswerter machen und unserer Verantwortung für mehr Klimaschutz gerecht werden

Folgende Finanzierungsmöglichkeiten halten wir für zwingend notwendig:

- Die Ausschüttung von Mitteln aus dem NRW-„Notfonds“, um die angefallenen Kostensteigerungen im Energiebereich auffangen zu können
- Die Fortführung der Energiepreislösung über April 2024 hinaus
- Eine vollständige und möglichst rasche Weiterleitung der versprochenen Regionalisierungsmittel

Die  
Erhöhung der Dynamisierung und Kopplung an die Indizes, insbesondere für  
Energie-, Personal-, Infrastruktur- und Materialkostensteigerungen.

**Die Zeit drängt. Wir zählen auf Ihre Unterstützung und sind jederzeit offen für den Austausch.**

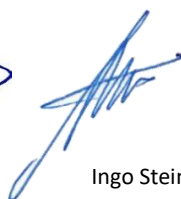
Köln, Gelsenkirchen, Unna, 24. März 2022



Jörg Hamel



Dierk Timm



Ingo Steiner

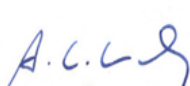


Dr. Christian Pohlmann

Fraktionsspitzen Zweckverband go.Rheinland



Frank Heidenreich



Axel C. Welp



Norbert Schilff



Norbert Czerwinski



Martina Foltys-Banning

Fraktionsspitzen Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr



Wolfgang Diekmann



Dr. Günter Fiedler



Anke Schneider



Günter Münzberger

Fraktionsspitzen Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe

### Hintergrund

Die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen aufgrund der Corona-Krise und der weltpolitischen Ereignisse stellen die gesamte Branche vor immense zu bewältigende Herausforderungen. Die Betriebskosten für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sind sehr stark gestiegen: Allein der Preis für Hochspannungsstrom stieg lt. Statistischem Bundesamt im Vergleich Juli 2021 zu Juli 2022 um ca. 163 Prozent, der Dieselpreis im gleichen Zeitraum um ca. 46 Prozent. Auch der straßengebundene ÖPNV (ÖSPV) verzeichnet derzeit einen steigenden Finanzierungsbedarf. Die am Ende der derzeit laufenden Verhandlungen

erwartbaren Tarifabschlüsse werden die Kosten für die Verkehrsunternehmen noch einmal deutlich in die Höhe treiben.

Hinzu kommt, dass der ÖPNV-Rettungsschirm, der dankenswerterweise die erheblichen Einnahmeverluste durch die Corona-Schutzmaßnahmen ausgeglichen hat, Ende des Jahres 2022 ausgelaufen ist. Leider werden die Nachfrage und das Erlösvolumen zu diesem Zeitpunkt das Niveau des letzten Vor-Krisenjahres 2019, nicht wieder erreicht haben.

NRW-weit lag in der Prognose für das Jahr 2023 ein Fehlbetrag in Höhe von ca. 395 Mio. Euro für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in NRW vor. Die bisher zugesagten Finanzmittel des Bundes und des Landes (erhöhte und um drei Prozent dynamisierte Regionalisierungsmittel und Gelder aus dem Entlastungspaket des Landes, sog. „Strompreisbremse“) können diesen Fehlbetrag kurzzeitig ausgleichen, sodass die NRW-Aufgabenträger vorbehaltlich der zugesagten Unterstützung für das Jahr 2023 ausgeglichene Haushalte verabschieden konnten. Allerdings reichen die Finanzmittel von Bund und Land nicht aus, um die Verkehre im Bestand längerfristig zu sichern, geschweige denn auszubauen.

Bereits ab dem Jahr 2024 sind die derzeit zur Verfügung stehenden Mittel nicht mehr auskömmlich zur Finanzierung der Bestandsverkehre. Ohne weitere, zusätzliche Mittel – **auch für den ÖPNV** – könnten also bereits ab dem Jahr 2024 nicht einmal die steigenden Kosten des bestehenden Angebots vollständig und dauerhaft finanziert werden. Da bereits in den nächsten drei Monaten finanzschwere Entscheidungen über langfristige Verträge für das Weiterbestehen der Bestandsverkehre getroffen werden müssen, drängt die Zeit. Die Aufgabenträger erwarten in den nächsten Jahren eine kontinuierliche Unterfinanzierung der bestehenden Angebote im SPNV, die zu Kürzungen im SPNV in erheblichem Ausmaß führen kann. Die Leistungskürzungen und Abbestellungen könnten zu einer Verringerung des Angebotes in NRW um bis zu 25 Prozent führen. Für den Bahnverkehr bedeutete dies beispielsweise die Kürzung von drei auf zwei Verbindungen pro Stunde für die RRX-Züge auf der Hauptachse bzw. der Ausfall jedes vierten Zuges auf den Außenästen.

**Ähnliche Entwicklungen dürften sich im Bereich des ÖPNV abzeichnen, was insbesondere die Kommunen vor erhebliche Probleme stellen wird.**